

nicht möglich war. Warum? Die bayerische Polizei ist so organisiert, dass bei etwa vergleichbarer Personalstärke 900 Beamte mehr in München Dienst tun als entsprechend bei uns in Köln. Kein Wort dazu!

(Beifall von der CDU)

Mit diesen Punkten könnten Sie arbeiten.

Gehen wir noch ein Stückchen weiter. Ist es für Sie nicht bedenklich, dass der Leiter des Einbruchskommissariats der Kripo Köln im Zusammenhang mit dem massiven Anstieg der Zahl der Wohnungseinbrüche davon berichtet, dass er seine Wertsachen mittlerweile in einem Bankfach hinterlegt hat? Solche Punkte blenden Sie einfach aus. Davon reden wir, und nicht von Statistik.

Nehmen wir ein für die Arbeit dieses Ministers ganz typisches Beispiel. Da geht es um den Umgang mit Rockern. Der Minister verkündet ganz groß in der „WAZ“ vom 23. Februar 2013:

„Wir sind der Chef im Ring ... Die Situation wird sich in den nächsten Wochen spürbar verbessern.“

Prima, das würden wir alle gerne glauben. Drei Tage später wird ein 23-jähriger Duisburger, der den Hells Angels nahesteht, vor einem Burger-Restaurant in Oberhausen-Sterkrade von fünf Schüssen in den Bauch getroffen. Die Mordkommission vermutet, dass es sich bei dem Täter um ein Mitglied der Duisburger Bandidos handelt.

Kurz darauf – alles nach der Ankündigung des Ministers – erklärt der Präsident des in Duisburg ansässigen Rockerclubs Satudarah den verfeindeten Hells Angels erstmals öffentlich den Krieg. Die Hells Angels werde es in Duisburg bald nicht mehr geben, sagt der Rockerchef der „Bild-Zeitung“ – Zitat –: Wir weichen nicht zurück, egal was kommt. Der Krieg ist in vollem Gange. In Duisburg wird die Zukunft Europas entschieden. – Der hat auch die Zeitung gelesen und weiß, was der Minister gesagt hat. Nichts zu merken von „Chef im Ring“.

Ende April 2013 berichtet die „Bild-Zeitung“, dass 100 Hells Angels aus Duisburg, Oberhausen, Aachen, Köln und Mönchengladbach die Eppinghofer Straße in Mülheim an der Ruhr übernommen haben. Die Rocker würden der Polizei drohen, Schutzgelder von Ladenbetreibern erpressen und nachts die Straßen sperren. Zitat eines Hells Angels:

„Wir werden von Mülheim aus das ganze Ruhrgebiet erobern, die Banditen vertreiben! Die Polizei sollte uns dabei besser nicht stören.“

Das ist die Antwort der Rockerszene auf die Ankündigung des Ministers, er wolle Chef im Ring werden.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Ihre Redezeit.

**Peter Biesenbach<sup>1)</sup>** (CDU): Ergebnis hierzu: Die Personenschützer der Ministerpräsidentin haben laut „Bild-Zeitung“ bereits bei der Polizei nachgefragt, ob sie und die Ministerpräsidentin – in ihrer eigenen Heimatstadt! – diese Straße künftig besser meiden sollten.

Das ist der Alltag in Nordrhein-Westfalen. An dem hätten wir gerne etwas geändert. Statistik spielt hier keine Rolle; tun Sie lieber etwas dafür! Bekämpfen Sie Kriminalität, bekämpfen Sie Straftaten, Herr Stotko! Und dann unterhalten wir uns wieder darüber. So ist jedes Versagen, das wir weiter dokumentieren werden, ein Versagen dieses Ministers und ein Versagen dieser Regierung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Herr Minister Jäger, bitte schön.

**Ralf Jäger**, Minister für Inneres und Kommunales: Da es unüblich ist, dass ein Minister eine Zwischenfrage stellt, nutze ich die noch verbleibende Redezeit, um kurz auf etwas hinzuweisen. Herr Biesenbach, ich hoffe, Sie nehmen zur Kenntnis: Die beiden von Ihnen zitierten Rocker der Vereinigung Satudarah befinden sich zurzeit in Haft. Das ist die Antwort der Polizei.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister Jäger. An einem Punkt will ich Sie gerne korrigieren. Es ist laut unserer Geschäftsordnung bei Aktuellen Stunden jedem Kollegen und jeder Kollegin untersagt, Zwischenfragen zu stellen, also nicht nur der Landesregierung.

Wir sind am Ende dieses Tagesordnungspunkts. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit **schließe** ich die **Aktuelle Stunde**.

Ich rufe auf:

## **2 Rot-Grüne Steuererhöhungsorgie unterlassen – Keine neuen Belastungen zulasten der Mitte unserer Gesellschaft**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/2882

In Verbindung mit:

## **Rot-Grüne Steuererhöhungsorgie gefährdet Wohlstand und Arbeitsplätze**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/2898

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der FDP Herrn Kollegen Lindner das Wort.

**Christian Lindner** (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein britisches Magazin titelt dieser Tage: „Why can't we be more like Germany?“ – Warum können wir nicht mehr so sein wie Deutschland?

Vor einigen Wochen hat „Le Monde“ in Frankreich dem französischen Staatspräsidenten empfohlen: Macht den Schröder.

Sie aber, meine Damen und Herren von Rot-Grün, wollen es anders machen. Sie wollen eine gefährliche Gratwanderung mit dem höchsten Steuererhöhungsprogramm der Geschichte, wie die grüne Steuerexpertin Christine Scheel dieser Tage im „Focus“ geschrieben hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Deutschland war einmal der kranke Mann Europas. Aber mit einem marktwirtschaftlichen Kurs ist unser Land wieder erstarkt. Heute ist Frankreich dabei, der Patient Europas zu werden,

(Jochen Ott [SPD]: Wer war damals die Regierung?)

und mit Ihrer Politik droht Deutschland wieder Ansteckungsgefahr, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Aus diesem Grund diskutieren wir Ihre Steuererhöhungspläne auch hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Es ist nicht allein eine bundespolitische Frage, denn bis in die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin baut Ihre gesamte Finanzstrategie auf Steuererhöhungen des Bundes auf.

Diese rot-grünen Pläne sind unglaublich, sie sind ungerecht und gefährlich. Zu diesen drei Aspekten Ihrer Pläne will ich hier sprechen.

Erstens. Sie sagen, Sie wollten und müssten trotz der Rekorderlöse des Staates massiv an der Steuerschraube drehen, um in Bildung und Infrastruktur zu investieren und um die öffentliche Verschuldung abzubauen. Das ist das, was wir regelmäßig dann hören, wenn wir Sie befragen, warum Sie in diesen konjunkturellen Zeiten die Steuern so stark erhöhen wollen. In Nordrhein-Westfalen haben Sie seit dem Jahr 2010 6 Milliarden € zusätzlich in der Staatskasse, als damals zu erwarten war.

Was ist passiert bei Bildung, bei Infrastruktur, beim Abbau der Verschuldung? Dreimal ein verfassungswidriger Haushalt in Folge. Sylvia Löhrmann halbiert den Vertretungsunterricht an Schulen, um die globale Minderausgabe zu erwirtschaften, und Sie kürzen mit Ausnahme des Radwegebaus auch bei den Landesstraßen.

Weil Sie hier in Nordrhein-Westfalen das Gegenteil von dem machen, was Sie im Bund fordern, sind Sie unglaubwürdig mit Ihren Plänen, meine Damen und Herren,

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Ich nenne einmal nur beispielhaft das grüne Programm. Sie haben in Ihrem Programm den Menschen 25 Milliarden € zusätzliche Staatsaufgaben, zusätzliche soziale Leistungen versprochen. Das, was Sie ausgeben wollen, ist fünfmal mehr, als Sie allein über die Erhöhung der Einkommensteuer in die Kasse bekommen könnten.

Wir werden aber unseren Staat niemals aus den Schulden befreien, wenn Sie den Menschen immer noch neue Sozialleistungen auf Pump versprechen. Wir müssen irgendwann lernen, mit dem Geld des Staates auszukommen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Jochen Ott [SPD]: Das müssen die Hoteliers machen!)

Zweitens. Die IG Metall hat am gestrigen Tag einen sehr beachtlichen Tarifabschluss von 5,6 % erzielt. Das ist ein beachtlicher, aber ein angemessener Tarifabschluss, weil die Beschäftigten unseren Aufschwung mit erwirtschaftet haben.

Übrigens: Die von Rot-Grün vielgescholtene Wirtschaft behandelt ihre Beschäftigten damit sozialer als die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, weil Sie den Bediensteten nämlich ihren Anteil am Aufschwung verweigern.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Doch der entscheidende Punkt ist, dass den Beschäftigten der IG Metall viel zu wenig von dem, was sie an Gehaltserhöhung bekommen, tatsächlich verbleibt, weil Sie sich der Anpassung des Steuersystems an die allgemeine Preisentwicklung verweigern.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie blockieren die Dämpfung der kalten Progression im Bundesrat, und das ist die erste, die heimliche Steuererhöhung, die Sie zu verantworten haben, und zwar nicht für Banker und Manager, sondern für die Mitte der Gesellschaft.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es wird noch schöner. Den Grundfreibetrag, von Verfassungen wegen erforderlich, haben Sie mit uns gemeinsam erhöht, aber die Anpassung des Tarifverlaufs haben Sie mit Ihrer Mehrheit blockiert. Das Ergebnis ist, dass die Tarifkurve des Steuersystems jetzt noch steiler ansteigt, und zwar für die kleinen Einkommen. Für die Bezieher niedriger Einkommen steigt der Tarif steiler an. Das kennzeichnet Ihre Politik: Sie reden über die Reichen, aber Sie kassieren

bei den Kleinen. Das ist die große Unglaubwürdigkeit der Politik, die Sie betreiben.

(Beifall von der FDP und der CDU – Jochen Ott [SPD]: Sie reden über die Reichen und geben es den Reichen!)

Diese Politik ist ein Menetekel für das, was Mittelstand und Mittelschicht, was die Fleißigen und Qualifizierten nach der Bundestagswahl zu erwarten hätten, wenn die SPD mehr als 23 % erzielen würde und tatsächlich in eine verantwortliche Situation käme.

(Jochen Ott [SPD]: 40 %, Herr Lindner!)

Getroffen werden nämlich die Fleißigen und Qualifizierten in unserer Gesellschaft, zum Beispiel der Industriemeister bei Ford und seine Frau, die als Erzieherin bei der Stadt Köln arbeitet. Herr Priggen, was verdienen die beiden im Jahr? Welches Jahreseinkommen haben ein Industriemeister bei Ford und seine Frau, wenn sie Erzieherin bei der Stadt Köln ist? Das sind Menschen, die deutlich über 70.000 € Jahreseinkommen haben, und sie sind damit voll getroffen von Ihrer Politik der Steuererhöhung, der Bürgerversicherung, der Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze und von anderen Fragen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Diese Mitte der Gesellschaft treffen Sie, die Fleißigen und Qualifizierten wollen Sie zur Ader lassen. Und für diese Menschen hat Leistungsfeindlichkeit zwei Farben: Rot und Grün.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Verehrte Damen, meine Herren! Die Pläne, die Sie auf Ihren Parteitagen beschlossen haben, sind gefährlich. Niemand kann glauben, dass eine Steuererhöhung von insgesamt 40 Milliarden € ohne jede Auswirkung auf Wachstum und Beschäftigung in Deutschland wäre.

Der Deutsche Industrie-Handelskammertag beziffert die Arbeitsplatzverluste durch diese Politik auf 1,4 Millionen Arbeitsplätze. Für die Familienunternehmen, für die vielfach die Einkommensteuer die betriebliche Steuer ist, summieren sich beispielsweise die Pläne von Bündnis 90/Die Grünen auf eine Grenzbelastung von 87 %. Damit sägen Sie den Ast ab, auf dem wir alle sitzen, nämlich unsere stabile mittelständische Struktur in Deutschland.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ihre eigenen Leute kritisieren das. Herr Kretschmann warnt vor unzumutbaren Belastungen für die Mittelschicht und den Mittelstand. Rezzo Schlauch spricht von einem Sperrfeuer von Steuererhöhungen. Aber all das beeindruckt Sie nicht.

Rot-Grün glaubt offenbar, Deutschland wird sozialer mit jedem Euro, den Sie in den Händen haben. Wir

sagen, Deutschland wird unsozialer mit jedem Arbeitsplatz, der durch Ihre Politik vernichtet wird. Deshalb stellen wir uns dem entgegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Lindner. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Laschet das Wort.

**Armin Laschet (CDU):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Landtag ist der Ort, an dem wir in vielen Jahrzehnten immer die Interessen des Industrielandes Nordrhein-Westfalen vertreten haben, der Arbeitnehmer, der Unternehmer, der Handwerker. Das war in diesem Haus auch sehr oft Konsens. Seit Karl Arnold hat man hier dafür gekämpft, dass wir der wirtschaftliche Motor in ganz Deutschland sind. Deshalb ist es gut, dass man sich bei manchen Themen vielleicht auch über Parteigrenzen hinweg zu diesem Industrieland bekennt.

Wir merken im Moment, dass die deutsche Wirtschaft gut dasteht. Herr Römer schmunzelt vor Freude. So ist das. Auch die Gewerkschaften sind hoch zufrieden mit dieser Bundesregierung,

(Beifall von der CDU und der FDP)

weil so viele Menschen wie noch nie seit der Wiedervereinigung heute in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen sind, weil die Sozialkassen übersprudeln, weil die Bundesagentur für Arbeit Milliardenereinnahmen hat, weil die Steuereinnahmen – auch zugunsten des nordrhein-westfälischen Finanzministers – sprudeln wie noch nie.

Dennoch stehen wir vor der Frage, wie wir Industrieland bleiben können. Christian Lindner hat ein paar Beispiele genannt. Was ist mit der Infrastruktur? Wie entwickeln sich die Energiekosten für Unternehmen und Verbraucher? Wie wird es mit exzellenten Universitäten? Das sind alles Fragen, über die wir den Wettstreit führen.

Dann geht es um die Frage, was wir jetzt eigentlich noch tun können, damit wir unsere Wirtschaft nicht noch zusätzlich belasten. Steuerentlastungen, lieber Christian Lindner, wie 2009 gehen auch nicht mehr. Wir wissen heute: Wir wollen mit den Steuereinnahmen, die da sind – sie sind sehr hoch –, vernünftig wirtschaften.

Ich erwarte aber von einer Landesregierung – von Frau Kraft, von Herrn Duin, auch von Frau Löhrmann –, dass sie diese Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen auch einmal in Berlin anmeldet, so wie das Karl-Josef Laumann diese Woche zum Fracking gemacht hat. Er hat ein Thema auf die Tagesordnung gesetzt und etwas erreicht.

(Beifall von der CDU und der FDP – Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN)

Notfalls muss man das auch einmal gegen die eigenen Leute machen, weil es um die Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen geht.

(Zurufe von der SPD – Anhaltende Unruhe)

Andere machen das ja. Christian Lindner hat einige zitiert. Die frühere Mittelstandsbeauftragte der Grünen, Christine Scheel, aus Bayern macht das. Thomas Gambke, grüner Mittelstandsbeauftragter der Bundestagsfraktion aus Bayern, meldet Kritik an diesen grünen Plänen an. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Kerstin Andreae, aus Baden-Württemberg kritisiert das ebenfalls. Ministerpräsident Kretschmann schreibt mit Nils Schmid zusammen einen Brief. Wo ist denn der Brief von Frau Kraft und von Frau Löhrmann an ihre Parteivorsitzenden?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Erklären Sie mir doch bitte einmal, wieso Herr Kretschmann und Nils Schmid die Interessen des Landes Baden-Württemberg wahrnehmen. Baden-Württemberg hat 484.000 kleine und mittlere Unternehmen, Nordrhein-Westfalen hat 750.000. Sie hätten dreimal Briefe schreiben müssen, Frau Löhrmann und Frau Kraft, anstatt hier einfach Stillschweigen herrschen zu lassen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Schauen wir uns einmal an, um wen es denn geht. Nehmen wir einmal ein Beispiel. Das rheinische Familienunternehmen Henkelhausen stellt Notstromaggregate und Hebebühnen her. Es hat 260 Mitarbeiter, einen Umsatz von 70 Millionen €. Dieses Unternehmen müsste nach Ihren Plänen 420.000 € Vermögensteuer zahlen. Das sind 20 % des Jahresüberschusses. Der Unternehmer erklärt dann, das müssen wir jetzt aus dem Unternehmen herausnehmen. Wir haben das Vermögen ja nicht irgendwo liegen, sondern das ist im Unternehmen.

Dieses Geld fehlt für Investitionen, für internationale Expansion und für neue Arbeitsplätze. Deshalb vernichten Sie Arbeitsplätze.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das sind alles keine CDU-Erfindungen.

In früheren Zeiten konnten Sie Programme schreiben, und keiner merkte es. Heute gibt es [www.vermoegensteuerrechner.eu](http://www.vermoegensteuerrechner.eu), die Seite der Familienunternehmer. Da kann jeder seine Zahlen eingeben, die Zahl seiner Mitarbeiter, seinen Umsatz, und er weiß exakt, was Rot-Grün ihn kostet. Dieses Internet, lieber Herr Walter-Borjans, wird Ihnen zum Verhängnis. Sie könnten da vielleicht auch noch manches nachrechnen, weil es daran an Ihren Rechnungen auch immer fehlt.

Es gibt klare Beschlüsse, klare Grundlagen, und jeder weiß, was Rot-Grün kostet. Das ist auch gut so.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das gerade genannte Beispiel war aber keine Personengesellschaft. Bei einer Personengesellschaft – das sind Tausende Familienunternehmen – wird das Ganze noch schlimmer, weil Sie den Spitzensteuersatz erhöhen und bei dieser Personengesellschaft beispielsweise der Steuersatz von 47 % auf bis zu 60 % steigen kann. Dazu sagt jetzt Herr Trittin, man muss ja nicht mehr Personengesellschaften führen. Er sagt wörtlich im „Handelsblatt“: Wäre ich Unternehmensberater, würde ich immer zur GmbH raten.

(Lachen von der CDU)

Ich weiß nicht, wer in Deutschland so irre ist, sich Herrn Jürgen Trittin als Unternehmensberater zu holen.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Was ist denn das für eine Logik, Parteitagsbeschlüsse zu machen und den Leuten direkt zu empfehlen, wie sie denn die neuen Beschlüsse am besten umgehen können, indem sie nämlich GmbHs gründen?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist das Grundmissverständnis darüber, was soziale Marktwirtschaft ist. Wir wollen den Unternehmer, der persönlich haftet, auch mit seinem Betriebs- und Privatvermögen – das ist unser Leitbild –

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

und wir wollen, dass Haftung und Gewinn zusammengehören und dass man das nicht anonymisiert. Auch der bizarre Streit von Jürgen Trittin mit dem Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertages über die Frage, ob denn da wirklich Arbeitsplätze gefährdet werden, ist bezeichnend. Jeder, der so ein Unternehmen führt, kann es Ihnen vorrechnen.

Das Einzige, was mich beeindruckt, wenn ich heute die „Süddeutsche Zeitung“ lese, ist, dass sich der SPD-Kanzlerkandidat gut vorstellen könnte, im Fall der Fälle den sehr kenntnisreichen Kollegen Trittin als Finanzminister in sein Kabinett zu berufen.

(Lachen und Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir werden Tag für Tag bis September laufen, damit Trittin nicht Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland wird.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Nun sagt die „taz“ aus Berlin, kein Verlautbarungsorgan der CDU: „Grün am Steuer – das wird teuer“. Es geht neben den Familienunternehmen auch um ganz normale Menschen. Christian Lindner hat auch da eben einige Beispiele genannt.

(Volker Münchow [SPD]: Uli Hoeneß! – Zurufe von der CDU)

– Ja, ich komme auf Uli Hoeneß. Sie tun so – ich danke Ihnen für den Zwischenruf –, als ginge es Rot-Grün um die oberen Zehntausend, um Banker, um Uli Hoeneß, um Showstars, um Schickeria, um Leute, die sich bei Kaviar und Champagner in Bochum für 25.000 € Steinbrück-Reden anhören, um solche Leute.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Also um diese Wohlfühl-Schickeria, die sich da umtreibt, ginge es Ihnen, behaupten Sie.

Ich sage Ihnen: Es geht Ihnen nicht um diese oberen Zehntausend, sondern es geht um die Zehntausend, die gestern vor dem Landtag standen. Die Leute treffen Sie!

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Volker Münchow [SPD])

Ich verstehe, dass es schwer ist, 1:1 umzusetzen, was jetzt an Gehaltserhöhungen ansteht. Das verstehe ich. Das ist nicht leicht für einen Landeshaushalt. Aber das Schlimme ist, dass das nach dem Kabinettsbeschluss von Frau Kraft damit begründet wurde, dass die, die mehr verdienen, die Besserverdienenden einen Sonderbeitrag leisten. Und die beginnen bei Ihnen bei A 11 und sind in der Spitze bei A 13. Das ist die Mitte der Gesellschaft, und die treffen Sie auch mit Ihren Steuerhöhungsorgien.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das können Sie alles auf der grünen Internetseite der Bundestagsfraktion nachlesen. Da haben die Bürger zu dem Programm Stellung genommen. Ich lese Ihnen einmal ein Beispiel vor:

„Wir sind eine vierköpfige Familie, ein Vollzeitpflegekind inklusive. Meine Frau und ich stammen aus Arbeiterfamilien und haben uns den derzeitigen Stand hart und zum Teil auf dem zweiten Bildungsweg erarbeitet. Uns nun steuerlich auf eine Stufe mit Bankvorständen und Chefetagen zu stellen, ist eine Frechheit. Bisher sind wir verlässliche Grünen-Wähler. So werdet ihr gleich zwei Stimmen verlieren.“

Rechnen Sie einmal nach, was das Ehegattensplitting kostet, wie viel Leute davon betroffen sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich nenne Ihnen ein allerletztes Beispiel, nachgerechnet, aus dem Kreis Heinsberg. Da ist ein Rentner, früher war er Schlosser, 67 Jahre alt. Er erhält monatlich eine gesetzliche Rente von 1.946 €. Seine Frau bekommt für anerkannte Kindererziehungszeiten 68,27 €. Dieses Paar wohnt zur Miete, weitere Einkünfte hat es nicht. Sie zahlen bisher keine Steuern.

Wenn Sie das Ehegattensplitting abschaffen, behandeln Sie plötzlich die beiden so, als seien sie ledig gewesen, als hätten sie in ihrem Leben keine Kinder erzogen, und sie müssten 417 € in Zukunft

zusätzlich zahlen. Sie treffen die Rentner und die kleinen Leute mit Ihrer Ideologie.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Dann sagt Frau Kraft – das ist jetzt das Neueste –: Ja, das, was die Grünen machen, das teile ich auch nicht. Das ist nicht SPD-Politik. – Sie will aber auch das Ehegattensplitting für künftige Ehen abschaffen. Aber auch künftig wird es Fälle geben, dass jemand Kinder erzieht und aus dem Beruf aussteigt. In einer älter werdenden Gesellschaft werden Menschen aussteigen, weil sie Pflegezeiten für ihre Eltern in Anspruch nehmen,

(Jochen Ott [SPD]: Die Kinderbetreuung muss finanziert werden, die Lebensgemeinschaften!)

weil sie ihre kranken Eltern pflegen. Denen das Ehegattensplitting abzunehmen, ist eine Unverschämtheit!

(Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Das ist falsch!)

Die Grünen sind angetreten mit dem Spruch: Deutschland ist erneuerbar. Ich habe den Eindruck, Sie haben nur noch im Kopf: Deutschland ist besteuert. Das ist rot-grüne Politik, mit der Sie in diese Wahl gehen.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Hahnen das Wort.

**Uli Hahnen (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als Herr Laschet begann, wir hätten jahrelang Konsens in Sachen Industrieland Nordrhein-Westfalen, in Sachen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land, in Sachen Mittelstand, Wirtschaft und Industrie, da hatte ich die Hoffnung, heute kriegen wir mal eine vernünftige Rede von Ihnen, Herr Laschet.

(Unruhe)

Es tut mir in der Seele weh, dass Sie uns wieder enttäuscht haben.

(Beifall von der SPD)

Sie kommen doch aus Aachen. Vielleicht könnten Sie in Aachen einen Preis wider den politischen Ernst anregen. Dann wären Sie der erste Preisträger, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Es ist richtig, meine Damen und Herren, dass wir in NRW Investitionen brauchen, Investitionen in Kin-

der, Bildung, die öffentliche Infrastruktur, unsere Kommunen – und all das bei Einhaltung der Schuldenbremse des Grundgesetzes. Das sind wirtschaftliche Voraussetzungen für einen Erfolg unseres Landes. Dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen. Das ist übrigens auch von meinen Vorrednern so gesagt worden. Nur, Herr Kollege Lindner, wir nehmen das Geld in die Hand für die Infrastruktur, für die Bildung und nicht für soziale Geschenke, die irgendwo verteilt werden.

Allein im Bildungsbereich fehlen 20 Milliarden € pro Jahr, wenn wir auf den Durchschnitt der westlichen Industriestaaten kommen wollen. 20 Milliarden € pro Jahr! Bei der öffentlichen Infrastruktur gibt es einen gewaltigen Investitionsstau. Die Situation der Kommunen ist dramatisch – Sie wissen das genau –, und wir wollen die Investitionen nicht auf Sand bauen.

Was sind denn die Wahlversprechen von CDU und FDP? „Schulden abbauen“. Mit dieser Aussage beleidigen Sie – das sage ich ehrlich – den gesunden Menschenverstand aller Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Wenn Sie als FDP plötzlich Sachwalter der kleinen Leute sein wollen, sage ich Ihnen: Das ist nur lächerlich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, in den letzten drei Jahren in Nordrhein-Westfalen Zeichen gesetzt und unsere Hausaufgaben gemacht.

(Widerspruch von der CDU)

Wir haben die Nettoneuverschuldung um über 3 Milliarden € gesenkt. Das haben Sie in den fünf Jahren unter Rüttgers nirgendwo geschafft.

(Zurufe von der CDU)

Heute besitzen die reichsten 10 % der Bevölkerung über 60 % des Vermögens. Die Mittelschicht schrumpft, und Reiche werden immer reicher. Das sagt sogar der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung trotz der Zensur von Herrn Rösler.

(Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

80 % der Gemeinwohllasten in Deutschland, also der Ausgaben für Bildung und für soziale Sicherung, tragen die Einkommen- und Mehrwertsteuerzahler. Kapital- und Vermögensteuereinkünfte tragen weniger als 20 % zur Finanzierung bei. Wir müssen dazu kommen, dass starke Schultern wieder deutlich mehr tragen als schwache.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der FDP: Wie denn?)

Ich freue mich, wenn Herr Lindner und Herr Laschet Prozentzahlen der steuerlichen Belastung nennen. Sie sollten sich vielleicht im Vorfeld miteinander abstimmen. Bei Herrn Laschet waren es 60 %, bei Herrn Lindner waren es 87 %. Ich freue mich, dass

Sie bei den Steuerlasten der Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht auf über 100 % kommen.

**(Vorsitz: Vizepräsident Daniel Düngel)**

Welches Konzept haben wir? Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei einem zu versteuernden Einkommen über 100.000 und bei Verheirateten über 200.000 €. Das ist nicht das Bruttogehalt, und es trifft höchstens 10 % der gesamten deutschen Steuerpflichtigen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie haben schöne Beispiele gemacht. Mit dem Internetrechner kann ich auch umgehen. Ein verheiratetes Paar mit zwei Kindern und einem Bruttogehalt von 138.000 € – das sind immerhin 11.500 € pro Monat, also mehr als die Mitglieder des Landtags an Diäten bekommen – zahlt in der Tat mehr Steuern im Monat: 17 Cent. Das ist wohl sogar für Sie ein verkräftbarer Betrag. Und dann, Herr Lindner, sagen Sie bitte nicht, dass Sie über kleine Leute reden. 11.500 € Verdienst im Monat hat mit kleinen Leuten überhaupt nichts mehr zu tun.

(Beifall von der SPD)

Noch eines zur Mär der Vermögensteuer: Wir haben immer deutlich gemacht, dass es um eine Vermögensbesteuerung der privaten Vermögen und nicht um eine Substanzbesteuerung der Unternehmen geht. Es hat eine Anhörung zum Thema „Vermögensteuer“ gegeben, in der sich Unternehmer für die Vermögensteuer eingesetzt haben, weil sie der Meinung sind: Es gibt eine soziale Verpflichtung, die auch wir Unternehmer gegenüber diesem Staat haben.

Es gibt einen Unterschied zu dem, was CDU und FDP in der Vergangenheit gemacht haben: Wir sagen wir vor der Bundestagswahl offen und ehrlich, wie unser Steuerkonzept aussieht.

(Lachen und Zurufe von der CDU)

Es geht auch darum, Steuerschlupflöcher zu schließen und endlich den Steuerhinterziehern den Gar aus zu machen.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Hahnen, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schemmer, CDU-Fraktion, zulassen?

**Uli Hahnen (SPD):** Egal von wem, immer.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Schemmer, Sie haben das Wort.

**Bernhard Schemmer (CDU):** Ich fand Ihre Aussage sehr loblich, dass Sie vor der Wahl sagen, was Sie nach der Wahl im Bereich der Steuer zu tun gedenken.

(Zuruf von der SPD: Sie nicht!)

Damit setzen Sie wohl eine alte Tradition fort, die Sie im Jahr 2005 schon gezeigt haben, als Sie vor der Wahl gesagt haben: Die Mehrwertsteuererhöhung, die die CDU mit 2 % vorgesehen hat, setzen wir auf null, die machen wir nicht mit. – Anschließend haben Sie sehr konsequent gehandelt und die Mehrwertsteuer um 3 % erhöht. Ist das Ihre Form, die Wahrheit zu sagen, was Sie nach der Wahl zu tun gedenken?

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN –  
Jochen Ott [SPD]: Das ist die CDU!)

**Uli Hahnen** (SPD): Herr Kollege Schemmer, vielen Dank für die Zwischenfrage. – Ich kann Ihnen sagen: Wir haben mit unserem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück deutlich gemacht, welches Steuerkonzept wir im September nach der Wahl vorhaben. Ich gehe davon aus, dass die FDP mit ihren Wünschen für die SPD-Prozente bei der Wahl nicht ganz richtig liegen wird. Das SPD-Ergebnis wird deutlich höher sein. Ich hoffe inständig, dass die Wahlergebnisse der FDP deutlich unter den derzeitigen Prognosen liegen werden,

(Beifall von der SPD)

sodass möglicherweise dann ein wenig mehr Vernunft einkehrt. Jedenfalls macht es relativ wenig Sinn, dass wir so agieren, wie es CDU und FDP in der Vergangenheit gemacht haben, nämlich dass Steuersenkungen als Klientelpolitik gemacht werden, dass sich die FDP erst von Mövenpick eine dicke Spende zukommen lassen kann, um dann anschließend ...

(Christian Lindner [FDP]: Lüge!)

– Sie sollten mit dem Vorwurf „Lüge“ vorsichtig sein. Bei dem Thema sollten Sie sehr, sehr vorsichtig sein. Sie sollten vielleicht erst einmal darüber nachdenken, ob Sie mit Ihrem ganz persönlichen Engagement als Unternehmer dieses Landes, der Subventionen in Millionenhöhe kassiert hat, nicht auch einen Beitrag hätten leisten können. Sie haben doch bisher in Ihrer Vergangenheit nur vom politischen Geschäft gelebt.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ansonsten haben Sie doch nur deutlich gemacht, dass Sie als Unternehmer völlig versagen. Und hier treten Sie auf, als seien Sie Unternehmer par excellence.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nur sagen: Hören Sie auf mit Ihren Steuersenkungsorgien! Das bringt nichts. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes werden es Ihnen nicht glauben. Sie werden in Erinnerung haben, was Sie mit den Hotels gemacht haben. – Meine Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Hahnen, der Kollege Lindner von der FDP und der Kollege Schmalenbach von der Piratenfraktion würden Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Uli Hahnen** (SPD): Immer.

(Christian Lindner [FDP]: Eine Kurzintervention!)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Alles klar, dann machen wir das so. Das habe ich dann falsch verstanden. – Dann stellt Herr Schmalenbach erst seine Zwischenfrage.

**Kai Schmalenbach** (PIRATEN): Vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Mich würde interessieren, was das Privatleben von Herrn Lindner hier im Raum zu suchen hat.

(Beifall von den PIRATEN und der FDP)

**Uli Hahnen** (SPD): Herr Kollege Schmalenbach, das kann ich Ihnen gerne sagen. Herr Kollege Lindner ist derjenige, der sich hier immer als Besserwisser geriert, der weiß, wie Unternehmen handeln müssen. Das gehört dann auch hier in diese Diskussion.

(Robert Stein [PIRATEN]: Sie instrumentalisieren den Hoeneß! Sie instrumentalisieren den Lindner! – Weitere Zurufe von der FDP und den PIRATEN)

Nun Herr Lindner.

**Christian Lindner** (FDP): Herr Präsident, vielen Dank, dass Sie die Kurzintervention zulassen. – Herr Hahnen, wenn Sie sich hier schon als mein Biograf vorstellen, dann will ich Sie wissen lassen, dass ich sieben Jahre lang erfolgreich unternehmerisch tätig war und sieben Monate an einem Unternehmen, das nicht erfolgreich war, beteiligt gewesen bin.

(Beifall von der FDP)

Ich habe kein Problem damit, Verantwortung auch für unternehmerischen Misserfolg zu übernehmen. Sie sollten sich aber fragen, welches Bild Sie hier Menschen vermitteln, die sich vielleicht selbstständig machen und ins Risiko gehen wollen.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Welches Bild vermitteln Sie? – Diejenigen, die erfolgreich sind, dürfen sich auf Ihren Neid freuen, und über diejenigen, die scheitern, gießen Sie Spott und Häme aus. Stellen Sie sich die Frage nach Ihrem Charakter!

(Lebhafter Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Herr Hahnen, Sie haben bis zu 90 Sekunden Zeit für eine Antwort auf die Kurzintervention.

**Uli Hahnen (SPD):** Herr Kollege Lindner, ich habe überhaupt kein Problem damit, dass Existenzgründer auch scheitern können. Ich habe aber ein Problem damit, wenn Politiker über Jahre immer wieder in Parlamenten deutlich machen, wie gut sie doch sind, welche tollen Ideen sie für unternehmerisches Handeln haben, sich aber darüber ausschweigen – auch das lässt sich Ihrer Biografie entnehmen –, was sie selber zu verantworten haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Hahnen. – Für die grüne Landtagsfraktion spricht jetzt der Kollege Mostofizadeh.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Lindner hat ja großes Kino hier erwartet. Letzte Woche waren sechs Journalisten bei Ihrer Pressekonferenz. Am Wochenende haben Sie eine dreiseitige Pressemitteilung geschrieben, die niemand abgedruckt hat. Jetzt ist noch ein Journalist in diesem Plenarsaal verblieben. Das ganz große Kino ist offensichtlich ausgeblieben. Das Gehampel ist als substanzlos entlarvt. Niemand will mehr darüber schreiben.

Weil Sie die Bundestagswahl angesprochen haben, Herr Kollege Lindner: Sie kämpfen ja im Moment um 5 % statt der 15 %, die Sie noch vor vier Jahren hatten. Das ist auch nicht gerade ein Leistungsbeleg für die Koalition, zumindest nicht für den gelben Teil der Koalition.

(Zurufe von der FDP)

Herr Kollege Laschet, Sie haben eine super Steilvorlage geliefert, als Sie gesagt haben, Sie würden jeden Tag dafür strampeln und rennen, dass Jürgen Trittin nicht Bundesfinanzminister wird. Wenn Sie genauso gut strampeln und rennen wie vor der Landtagswahl, dann ist mir nicht bange.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben gesagt – das muss ich richtigstellen; das habe ich bereits gestern getan –, wir würden die 10.000 Menschen, die vor dem Landtag standen, mit unserer Steuerpolitik packen wollen. Das ist schlicht unzutreffend. Zutreffend ist, dass wir ab einem Single-Einkommen von 60.000 € den Einkommensteuersatz um einen gewissen Teil erhöhen und ab einem Single-Einkommen von 80.000 € jährlich den Spitzensteuersatz auf 45 % respektive

49 % anheben wollen. Der Spitzensteuersatz unter Schwarz-Gelb lag bei 53 %; das nur zur Erinnerung.

Hier haben eben zwei Leute gesprochen – der Kollege Lindner und der Kollege Laschet –, die in der Zeit, in der sie in der Regierung waren oder zu den Regierungsfractionen gehörten, jedes Jahr neue Schulden aufgebaut haben. Sie sprechen immer davon, dass wir Rekordsteuerereinnahmen haben und trotzdem jedes Jahr neue Schulden machen. Allein von 2008 bis 2011 ist die Staatsverschuldung in Deutschland von 1,6 Billionen € auf sage und schreibe 2,1 Billionen €, also um 25 %, angestiegen.

Die neue Steuerschätzung besagt: Trotz relativ hoher wirtschaftlicher Vordaten, die ja die Bundesregierung vorgegeben hat, werden die Steuereinnahmen nicht mehr so stark ansteigen. Jeder kann sich ausrechnen, dass sich die Zinssätze der staatlichen Refinanzierung von nahe null in den nächsten Jahren nicht auf Dauer halten lassen werden. Und Sie tun hier so, liebe Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU, als wenn man in dieser Situation nicht vorausschauend handeln müsste, als wenn man sich nicht angucken müsste, welche staatlichen Aufgaben wir auf der einen Seite und welche staatlichen Einnahmen auf der anderen Seite haben und wie man es in den nächsten zehn Jahren organisieren muss, um das hinzubekommen.

Sie versprechen unter anderem ein beitragsfreies Vorschuljahr. Wenn Sie versprechen, die Schulden abzubauen, also keine neuen Schulden zu machen, sondern abzubauen, dann müssen Sie schon sagen, wie Sie es machen wollen. Davon habe ich nichts gehört, Herr Kollege Lindner.

(Christian Lindner [FDP]: Bundeshaushalt!)

Im Bundestagswahlprogramm der FDP ist dazu nichts zu finden.

Ich komme jetzt einmal zu den Einnahmegrößenordnungen, die das grüne Programm im Vergleich zu FDP und CDU sowie zu den Linken bietet. Das ist ganz interessant. Die Linken haben ein Programm vorgelegt, welches exakt auf die Einnahmeline einschwenkt, die Schwarz-Gelb unter Genscher und Kohl hinterlassen hat. Das fand ich zumindest ganz spaßig.

Rot-Grün will maximal ein Drittel dessen wieder einsammeln, was unter Schwarz-Gelb schon in Deutschland Recht und Gesetz war, Herr Kollege Lindner. Der wesentliche Unterschied ist, wir wollen das in einer deutlich gerechteren Struktur machen. Wir wollen 8 % belasten, nämlich diejenigen, die entweder über sehr hohe Vermögen, hohe Erbschaften oder über ein hohes Einkommen verfügen. Deswegen halten wir es für steuerlich gerecht, es so zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN)



Ein Punkt, den Sie immer ins Zentrum der Kritik stellen, ist das Ehegattensplitting. Das ist der Angriffspunkt. – Den Einkommensteuer-Spitzensatz können Sie nicht wirklich meinen. Wir haben über 80 % der Bevölkerung auf unserer Seite, die es politisch richtig finden.

(Zuruf)

– Ja, nehmen Sie die Umfragen nach unserem Parteitag. Von der Einkommensteuererhöhung sind maximal 6 bis 7 % negativ betroffen. Die anderen werden sogar entlastet, obwohl wir mehr hereinholen.

Kommen wir also zum Ehegattensplitting. In den nächsten Tagen erwartet das Bundesverfassungsgericht ein Gesetz von der schwarz-gelben Bundesregierung, das die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen im Bereich des Ehegattensplittings darstellt. Wie ist die Situation in Nordrhein-Westfalen? Herr Kollege Laumann versteckt sich hinter dem Kreuz der katholischen Kirche und möchte damit lieber gar nichts zu tun haben. Gleichgeschlechtliche Lebensweisen sind möglicherweise igitt. Herr Kollege Laschet schlägt vor, sie gleichzustellen, aber die daraus entstehenden Kosten noch draufzupacken.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Das ist auch mal eben ein dreistelliger Millionenbetrag für Nordrhein-Westfalen. Interessanterweise schlägt der Vorsitzende der Seniorenunion vor, diesen Steuervorteil abzuschaffen. Daran würde ich gerne anknüpfen, um es klarzustellen.

Wir Grünen wollen ebenso wie die Sozialdemokraten keinen bestimmten Status, sondern wir wollen Verantwortung entlasten. Wir wollen Familien mit Kindern fördern. Wir wollen diejenigen steuerlich besser stellen, die sich um Kinder und Ausbildung kümmern und die Verantwortung übernehmen. Wir wollen nicht diejenigen fördern, die einfach nur einen Trauschein haben. Das ist der politische Unterschied, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich könnte jetzt ganz viele Vergleichsrechnungen für Menschen vornehmen, die bis 60.000 € verdienen und weniger belastet werden. Ich will aber noch einen anderen Punkt in den Fokus stellen: Wir wollen mit diesen Mehreinnahmen Dinge machen. Wir wollen bessere Bildung finanzieren. Wir wollen die Länder besser ausstatten.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Herr Kollege Lindner, Sie waren in dem Fall nicht dabei. CDU, SPD und Grüne haben in diesem Landtag beschlossen, 50 % der Sozialausgaben der Kommunen vom Bund übernehmen zu lassen. Wer bezahlt die denn? Nirwana? Oder muss dafür Geld bereitgestellt werden?

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Herr Kollege Abruszat hat in der gestrigen Debatte noch gesagt, ...

(Christian Möbius [CDU]: Der Bund zahlt es jetzt schon!)

– Ach so. Dann ist ja alles gut. Dann brauchen wir nicht weiter darüber zu reden. Dann geht es den Kommunen gut, Herr Kollege Möbius.

Wir wollen, dass die Kommunen besser gestellt werden.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Ich komme zurück zum Parteitag der FDP. Er war sehr aufschlussreich. Es gab ein Riesengetöse, ein Riesengeschrei und eine lange Rede von Herrn Brüderle am Schluss. Ich möchte Ihnen abschließend den Kommentar dazu aus dem „heute-journal“ – nicht aus der „heute-show“ – nicht vorenthalten. Der Kommentator sagte nämlich: Bei Brüderle wartet man am Ende einer Rede immer darauf, dass entweder ein Tusch erfolgt oder der Notarzt kommt. – So viel zur Qualität der Freien Demokraten.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die Piratenfraktion spricht der Fraktionsvorsitzende Dr. Paul.

(Unruhe)

**Dr. Joachim Paul (PIRATEN):** Vielen Dank, mein Lieblingspräsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Raum und daheim! Gestatten Sie mir eingangs eine Anmerkung. Herr Lindner und ich hatten gestern in der Debatte über unseren Antrag zur Lebensmittellkennzeichnung ein kleines Scharmützel. Ich habe behauptet, wesentliche Teile des Hochschulfreiheitsgesetzes seien in Gütersloh geschrieben worden. Herr Lindner hat mich folgerichtig gefragt, ob ich das belegen kann. Das ist völlig richtig, das hätte ich auch gemacht.

Herr Lindner, hier sind die Belege.

(Der Redner hält ein Blatt Papier hoch.)

Fragen Sie einen Piraten nie nach den Quellen. – Sie bekommen es gleich.

(Zurufe: Oh!)

Verehrte Briefeschreiber! Täglich grüßt das Murmeltier. Zum wiederholten Mal gibt es hier eine Debatte zur Steuerpolitik in Deutschland, die nach unserer Auffassung ins parlamentarische Absurditätenkabinett gehört. Die Aneinanderreihungen von Schuldzuweisungen sind einfach nur noch lächerlich.

Die Analyse der Fakten über die öffentlichen Haushalte – egal, ob Bund, Land oder Kommunen – lassen eigentlich nur einen Schluss zu. Wir müssen die

Ausgaben – und die Einnahmenseite beleuchten, wir müssen Input und Output betrachten. Das ist Grundvoraussetzung einer systemischen Betrachtungsweise. Dies ist zugegebenermaßen ein Fremdwort für viele Betriebswirte. Aber das mit dem „systemisch“ machen wir im Haushaltsverfahren eigentlich immer.

Was in den aktuellen Debatten von Ihnen kommt, liebe Kolleginnen und Kollegen von Union und FDP, ist, ehrlich gesagt, mit „Blödsinn“ noch wohlwollend beschrieben.

(Beifall von den PIRATEN)

Mir fallen sofort Vokabeln ein wie: unseriös, realitätsfremd, marktradikal und staatsdiffamierend.

(Zuruf von der CDU: Mein Gott! – Zuruf von der CDU: Tusch! – Weitere Zurufe von der CDU)

Was Sie hier immer wieder betreiben, verdient noch nicht einmal den Namen Laienschauspiel; denn viele Laien können das. Mit verantwortungsvoller Finanzpolitik hat das nichts mehr zu tun.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie berufen sich andauernd auf die soziale Marktwirtschaft und streichen direkt und ungeniert das Soziale in Ihren Anträgen einfach aus.

(Zuruf von der CDU: Wo denn?)

Wie großzügig ist in beiden Anträgen davon die Rede, dass die starken Schultern in diesem Land mehr tragen sollen als die schwachen! Ja, und? Das ist doch genau der gesamtgesellschaftliche Konsens, der gerade von Ihnen immer wieder infrage gestellt wird.

(Beifall von den PIRATEN)

Mit viel Tamtam und Pathos legen CDU und FDP los und arbeiten sich an den Wahlprogrammen der anderen ab, wohl mit dem Ziel, von der eigenen Unfähigkeit abzulenken.

(Zuruf von der CDU: Phrasen!)

– Das mit den Phrasen können Sie auch ganz gut, nicht wahr?

Da behaupten Sie einfach, dass keine Handlungsspielräume für Steuergerechtigkeit in Deutschland vorhanden sind. Und Ihr einziges Argument lautet, NRW habe die höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte des Landes.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Ja, wo sind denn dann Ihre Einsparvorschläge für den Landeshaushalt? Erzählen Sie doch den Lehrerinnen und Lehrern, dass Sie bei der Bildung sparen wollen!

(Zuruf von der CDU)

Teilen Sie den Polizeibeamten mit, dass der Gürtel noch enger geschnallt werden soll!

(Beifall von den PIRATEN)

Erzählen Sie den Parteikollegen vor Ort, dass leider kein Geld mehr für Straßen und Brückenbau da ist!

(Beifall von den PIRATEN)

Erzählen Sie den Altenpflegern und Erziehern, dass sie leider keine gute Bezahlung bekommen, weil die öffentlichen Kassen leer sind! – Das sind die Folgen Ihrer Blockadepolitik im Deutschen Bundestag.

Gerade jetzt ist eine Studie des Paritätischen Gesamtverbandes herausgekommen. Da hat man nach Parteizugehörigkeit gefragt, wie das aussieht mit dem Besteuern höherer Vermögen. Bei dieser Geschichte sagen 66 % der Anhänger der CDU/CSU, dass sie eine positive Meinung zur stärkeren Besteuerung großer Einkommen und Vermögen haben. Sie werden gerade finanzpolitisch von Ihrer Parteibasis gefrackt, liebe Kollegen von der Union.

(Beifall von den PIRATEN)

Die FDP entlastet lieber Hoteliers und belastet Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mit einer Eurokrisenpolitik, die in Europa so viel Porzellan zer schlagen hat, dass die Wut auf uns Deutsche immer größer wird.

(Beifall von den PIRATEN)

Ganz zu schweigen von dieser selbsternannten Alternative, die jetzt die Rede macht in den Medien, die versucht, europafeindliche und sogar demokratiefeindliche Politik in Deutschland salonfähig zu machen. Das sind nicht unsere Dissidenten, das sind Ihre.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie rühmen sich mit einer erfolgreichen Politik im Bund, und um uns herum brennt es lichterloh. Den Blick über den Tellerrand hinaus wagen Sie nicht, sondern schwadronieren hier von der Leistung, die sich wieder lohnen soll. Wessen Leistung eigentlich? Die Leistung der Menschen oder die Leistung des Kapitals?

(Beifall von den PIRATEN)

Sie merken längst nicht mehr, dass die vielzitierte sogenannte Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gerade in Frankreich und Südeuropa soziale Missstände produziert, die zum Himmel stinken.

(Beifall von den PIRATEN)

Dort liegt nämlich die Kettensäge an der sozialen Säule der Nachhaltigkeit. Wir leben in einem vereinten Europa. Ich denke, wir alle, die hier im Parlament sitzen, sind Europäer. Das heißt auch, dass es uns nicht kalt lassen kann, wenn die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien bei über 60 % liegt. Wo soll das

denn noch hinführen? Das ist alles eine Folge von Merkels Blockadepolitik.

(Beifall von den PIRATEN und den GRÜNEN)

Für uns sind die marktkonforme Demokratie und die vielbeschworene Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit als alleinseligmachendes Credo eben nicht das Leitbild des politischen Handelns.

Da schließt sich auch der Kreis zu Ihren Anträgen. Es ist mehr als dreist, die Politik der Bundesregierung über den Klee zu loben und die strukturellen Probleme der Länder und Kommunen auszubilden. Das wissen doch längst Ihre eigenen Bürgermeister.

(Beifall von den PIRATEN und den GRÜNEN)

Wir werden auch wieder beobachten können, welche Wendehalspolitik in Richtung Kommunalwahl 2014 wieder vertreten werden wird.

Wir brauchen endlich eine neue Betrachtung der Steuerpolitik, um einen handlungsfähigen Staat zu erhalten. Das heißt, dass die Einnahmenseite deutlich erhöht werden muss.

Wenn Sie in Ihren Anträgen davon sprechen, dass eine Umverteilung des Vermögens in Deutschland nicht stattgefunden hat, ist das eine glatte Lüge. Das sind die Dezentile der Vermögensverteilung in Deutschland. Da können Sie unten einmal logarithmieren und gucken, was bei der Kurve rauskommt. Anything plotted against anything yields at straight line. Wo soll die Kurve noch hinführen?

(Zuruf von der FDP: Fangen Sie doch mal an!)

– Euro-Sixpack, das können Sie nachlesen. Das haben wir in Neumarkt verabschiedet.

Die Finanz- und Wirtschaftspolitik in Deutschland ist ganz generell gesprochen nicht mehr auf der Höhe der Zeit und läuft den Krisenentwicklungen hoffnungslos hinterher.

Wir sind sicherlich dafür, dass man finanzpolitisch vernünftig agiert. Es geht nicht darum, dass der Staat möglichst viel Geld zum Fenster hinauswirft. Im Gegenteil, wir wären wesentlich härter, was Steuersenkungen anbelangt, als es die Wirtschaftspolitik der letzten zehn bis 15 Jahre war, aber an den richtigen Stellen. Machen wir uns doch nichts vor! Wenn wir noch den Spitzensteuersatz des konservativen Realsozialisten Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl in Deutschland hätten, würden wir die Debatte hier ganz anders führen.

(Beifall von den PIRATEN)

Dass Ihnen das weh tut, ist uns klar. Stattdessen stimmen Sie in diesen fast 40 Jahre alten Evergreen ein, der älter ist als Herr Lindner: Steuern senken schafft Arbeitsplätze, Steuern senken schafft Ar-

beitsplätze. – Vielleicht kriegen Sie mit Ihrer Boygroup da noch eine Rapnummer hin. Und wenn das nicht passt, nehmen Sie Herrn Laschet und Herrn Laumann dazu. Dann kippt das Ganze ein bisschen in Richtung Oberkrainer.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN)

Wir benötigen einen Maßnahmenkatalog und einen Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik, um Teilhabe und Wohlstand der Gesellschaft in Deutschland und in ganz Europa zu sichern und auszubauen. Gleichzeitig gilt es, endlich die Finanzmärkte an die Kandare zu nehmen. Dies muss durch eine echte Finanztransaktionssteuer geschehen und nicht durch diese Merkelsche Lightversion davon.

(Beifall von den PIRATEN)

Das ist auch europaweit möglich.

(Zurufe von der FDP)

– Ja, lesen Sie unser Euro-Sixpack.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Wir freuen uns auf den Wahlkampf.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die Landesregierung spricht der Finanzminister, Herr Dr. Walter-Borjans.

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist doch manchmal schön, wenn man sich erst einen großen Teil der Debatte anhören kann, weil man dann auch versteht, warum CDU und FDP übereinstimmend in ihren Anträgen das Wort „Orgie“ benutzen. Denn eins merkt man dann: Sie verfolgen hier rhetorisch, wie Sie das auch in der gesamten inhaltlichen Debatte tun, ungezügelt und hemmungslos Ihre Zerrbilder, die Sie transportieren wollen über das, was unsere Steuermodelle für die Menschen im Land und für die Wirtschaft im Land bedeuten.

Wenn Sie sich das einfach einmal angucken würden – das ist hier schon mehrfach gesagt worden –, was die Tarife in der Einkommensteuer, wie sie Grüne und Sozialdemokraten vorschlagen, wirklich bedeuten! Wenn man dann den einen oder anderen hört, der plötzlich von der Mitte der Gesellschaft redet, die hier angeblich schwer belastet wird, muss man sich doch einmal fragen, was Sie überhaupt für eine Vorstellung von der Mitte haben. Wenn Sie sich einmal die Statistik des Bundes der Steuerzahler ansehen, die so schön beschreibt, dass ja die oberen 50 % der Einkommensbezieher 94 % der Steuern zahlen, dann sollten Sie sich vielleicht auch einmal angucken – das ist dem Bund der Steuerzahler vielleicht sogar selbst entgangen –, dass in derselben Statistik zu sehen ist, dass die unteren

50 % der Einkommensbezieher 25.000 € und weniger verdienen. So sieht die Einkommensverteilung aus.

(Christian Lindner [FDP]: Aber nicht der Haushalt!)

Wenn wir uns die Vermögensverteilung angucken, dann müssen wir gar nicht erst über die reichsten 10 % reden. Wir können schon darüber reden, dass 1 % Reiche 20 % des gesamten Vermögens haben.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Wir leben in einem Land, in dem es eine Kluft zwischen einem explodierenden Vermögen der Oberen und eigentlich der gesamten Gesellschaft gibt, in dem sich dieses Vermögen in den letzten zwei Jahrzehnten mehr als verdoppelt hat auf über 5 Billionen € Geldvermögen und etwa noch einmal die gleiche Größenordnung von Sachvermögen. Das ist ein Land, das 2,5 Billionen € im Jahr als Bruttoinlandsprodukt verdient und in der Summe von Staat, öffentlichen Händen, Privaten und Unternehmen ungefähr 6,5 Billionen € Schulden hat.

Jeder kann sehen, dass diese Gesellschaft in sich eine wohlhabende Gesellschaft ist. Jeder Haushalt, der ein gutes, stabiles Einkommen hat, vier Mal so viel an Vermögen hat und zweieinhalb Mal so viel wie das Jahreseinkommen an Schulden hat, ist ein absolut stabiler Haushalt.

Sorgen machen muss uns also alles andere als das ewige Gefasel, dass wir der jungen Generation nichts anderes als Schulden hinterließen. Keine Generation vorher hat der Folgegeneration so viel Reichtum hinterlassen, wie wir das tun. Die Frage ist nur: Wie entwickelt sich die Kluft zwischen den vielen, die wenig oder nichts haben, und den wenigen, die fast alles haben?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Sprengsatz, der darin liegt, ist nicht dieses Gesamtbild. Der Sprengsatz, der darin liegt, ist die Tatsache, dass wir aus der gemeinsamen Haushaltskasse die Voraussetzungen dafür finanzieren müssen, dass erstens diejenigen, die bislang nicht so viel haben, in ihrem Leben eine Chance haben, auch zu Einkommen und Vermögen zu kommen, und zweitens diejenigen, die schon viel haben, auch sicher sein können, das, was sie haben, behalten zu können, das ihnen niemand neidet. Das setzt aber voraus, dass der öffentliche Haushalt in diesem Gesamtspiel einer reichen Gesellschaft nicht tief im Defizit ist. Das ist er allerdings nicht nur in Nordrhein-Westfalen.

Im Übrigen hat unser Land auch eine Menge an Lasten zu schultern, die andere Länder in dieser Weise nicht zu schultern haben. Und die, die wie Sachsen auch Lasten zu schultern haben, bekommen mehr als ein Drittel ihres gesamten Haushalts

aus Transferzahlungen der anderen Länder und stellen sich dann als Musterknaben hin.

Vor diesem Hintergrund stellen wir mittlerweile fest, dass die Menschen, die in der Wirtschaft Verantwortung tragen, da viel weiter sind als Sie. Darüber bin ich sehr froh. Es ist ja gut, dass Sie noch nicht einmal mehr von diesen Verantwortlichen als deren Interessenvertreter bezeichnet werden. Wenn man sich mit Wirtschaftsvertretern unterhält, sitzen sie vor einem und sagen: Uns ist völlig klar, dass wir in einer Schieflage sind. Natürlich zahlen wir alle nicht gerne Steuern und würden auch nicht gerne mehr Steuern zahlen. Die Kluft zwischen der Einnahmenseite und der Ausgabenseite muss aber geschlossen werden. Auf der einen Seite müsst ihr noch mehr darauf achten, überflüssige Ausgaben zu streichen und bestimmte Aufgabenbereiche effizienter abzuwickeln. Auf der anderen Seite ist uns als Unternehmern aber klar, dass auch auf der Einnahmenseite etwas geschehen muss; denn wir brauchen ...

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Minister, darf ich Sie kurz unterbrechen? Der Kollege Lindner möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Würden Sie sie zulassen?

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Ich würde jetzt gerne erst einmal ein Stück weitermachen. Dann können wir gerne weiterreden.

(Christian Lindner [FDP]: Das ist genau dazu!)

– Für Herrn Lindner tue ich das doch gerne. Dann soll er mich jetzt unterbrechen.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Sie lassen die Zwischenfrage also zu?

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Ja.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Dann haben Sie das Wort, Herr Lindner.

**Christian Lindner (FDP):** Herr Minister, es ist nur ganz kurz und tatsächlich eine Frage. Sie sprechen hier anonymisiert von Vertretern von Wirtschaftsverbänden, die höhere Steuern akzeptieren und fordern. Bitte nennen Sie Namen.

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Das werde ich jetzt nicht tun; aber es sind Menschen aus großen Unternehmen, die bei mir im Büro zu Terminen sind, mit denen ich vertrauliche Gespräche führe.

(Armin Laschet [CDU]: Steuersünder!)

Es gibt einige, die es auch schon in der Öffentlichkeit gesagt haben, zum Beispiel der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post AG. Es gibt aber auch andere – und zwar namhafte Unternehmer; darauf können Sie sich verlassen –, die über genau diese Themen mit mir vertraulich reden.

Diejenigen wissen als Unternehmer im Übrigen auch, was für ein leeres Gefasel es ist, wenn man immer von Rekordsteuereinnahmen redet. Man muss sich einmal vor Augen führen, dass wir in den letzten 20 Jahren zwölf Jahre mit Rekordsteuereinnahmen hatten. Das ist auch nichts Verwunderliches. In einer wachsenden Wirtschaft ist es normal, dass bei einem etwa gleichbleibenden Anteil Steuern an der Wirtschaftsleistung auch die Einnahmen jedes Jahr wachsen, selbst wenn man keine weiteren Standards vereinbart – allerdings auch die Ausgaben. Da sowohl die Ausgaben als auch die Einnahmen etwa im Gleichschritt mit dem Bruttoinlandsprodukt wachsen, schließt sich eine bestehende Lücke überhaupt nicht.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Minister, ich muss Sie noch einmal ganz kurz unterbrechen. Auch der Kollege Laschet würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Es wäre ja nicht fair, wenn ich Herrn Lindner fragen ließe und Herrn Laschet nicht.

**Armin Laschet** (CDU): Vielen Dank, Herr Minister.

(Norbert Römer [SPD]: Jetzt kommt die Wirtschaftskompetenz!)

– Ich hoffe, dass das wirtschaftskompetent ist, was ich jetzt sage; denn der Bundesverband der grünen Wirtschaft – das sind den Grünen nahestehende Wirtschaftspersönlichkeiten –

(Ralf Witzel [FDP]: Es gibt so etwas?)

hat in einem offenen Brief geschrieben:

„Für äußerst problematisch halten wir dagegen die Vorschläge für die Einführung einer Vermögensabgabe und – nach deren Auslaufen – für eine Wiedereinführung der Vermögensteuer. Beide Abgaben bzw. Steuern greifen in die Substanz von Unternehmen ein und gefährden damit deren Investitionskraft und letztendlich auch Arbeitsplätze.“

Das ist ein Grünen nahestehender Verband. Sie zitieren auf die Frage von Herrn Lindner anonym in Ihrem Büro sitzende Wirtschaftsgrößen. Nehmen Sie auch solche Stellungnahmen von Menschen ernst, die sicher grün wählen, aber trotzdem nicht so schönrednerisch sprechen wie Sie?

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Ja, das nehme ich ernst. Sie können mir auch abnehmen – das sage ich ganz offen –, dass ich hier nicht über fingierte, nicht existierende Persönlichkeiten aus der Wirtschaft rede. Im Übrigen macht das ja deutlich – das war auch der Anfangsteil Ihrer Rede –, dass das sehr differenziert zu sehen ist. Man sollte auch nicht durch die Gegend rennen und behaupten, dass man alle bestehenden Lücken über zusätzliche Einnahmen füllt. Das ist überhaupt keine Frage.

Die einäugige Sicht, dass man den Haushaltsausgleich nur noch als ein Ausgabenproblem betrachten sollte, geht aber genauso wenig. Ich sage es noch einmal: Wenn wir auf der einen Seite eine Ausgabenentwicklung haben, die über die Zeit, und zwar ziemlich stabil, nach oben läuft, weil Preise steigen, weil Kosten steigen, und auf der anderen Seite auch bei gleichbleibendem Anteil an der Wirtschaftskraft die Steuern nach oben gehen, dann ist das für sich genommen nicht die Lösung des Problems.

Man könnte sich zum Beispiel vorstellen, einmal alle Steuern zu halbieren. Dann hätten wir auch jedes Jahr Rekordeinnahmen. Wäre das eine Lösung des Problems? Irgendwann muss doch jedem einmal einleuchten, dass allein das Schlagwort „Rekord-einnahme“ nicht die Lösung für das ist, was wir zu tun haben.

Deswegen ist ganz klar: Das Problem bzw. der Sprengstoff in dieser Situation ist nicht die Armut unserer Gesellschaft, sondern die Verteilung des privaten Reichtums und die Armut der öffentlichen Haushalte, die nicht in der Lage sind, die wichtigen Voraussetzungen für das zu schaffen, was die Wirtschaft im Übrigen zu Recht für sich genauso reklamiert. Sie will nämlich nicht nur eine maßvolle Steuerbelastung haben, sondern auch gut ausgebildete Menschen bekommen, gute Infrastrukturen haben und – darüber haben wir heute Morgen schon eingehend gesprochen – die öffentliche Sicherheit im Land gewährleistet sehen. Dafür ist auch der Zusammenhalt dieser Gesellschaft wichtig; denn man braucht ein Klima, in dem es für Menschen interessant ist, ein Unternehmen zu gründen, ein Unternehmen weiterzuführen oder sogar ein Unternehmen aus anderen Ländern zu uns zu transferieren.

Das sind alles Dinge, die für die Wirtschaft eine mindestens so große Rolle spielen wie die Frage der Steuerbelastung in einem akzeptablen Maß. Das wissen Sie, und Sie merken auch, dass die Menschen in allen Umfragen genau diesen Kurs für richtig erklären. In vielen Bereichen – das reicht vom Thema „Steuerflucht“, über Frauenquote, Mindestlohn und andere Dinge – haben Sie sich gedreht, nachdem Sie zunächst – ich will es einmal so ausdrücken – „sehr ungesteuert dagegengehalten hatten“, dann aber erkannt haben, dass Sie sich auf der falschen Spur befinden, sich drehen mussten,

um sich zur Speerspitze der Gesellschaft zu erklären. Sie merken, dass Sie auch jetzt falsch liegen, wenn Sie permanent nur auf die Ecke dreschen wollen, dass das alles nur mit einem Ausnahmeproblem zu tun hat.

Deswegen basteln Sie sich Ihre Horrorvisionen und kommen auf die riesige Belastung, die auf der Internetseite der Familienunternehmen abrufbar ist. Die ist nicht anonym, wir kennen den Absender. Trotzdem ist sie nicht richtig. Ich kenne eine ganze Reihe von Vertreterinnen und Vertretern dieser Vereinigung, mit denen ich mich gerne treffe, gerne rede, oft auch gerne streite, die sich etwas zusammenge-rechnet haben, das allerdings alles ausblendet, was im Umfeld der Diskussion über Vermögenssteuer, den Spitzensteuersatz oder das Ehegattensplitting immer wieder klar gemacht worden ist:

Erstens. Wir werden bei der Vermögensteuer die betriebliche Substanz nicht schwächen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zweitens. Sie reden von „Mitte der Gesellschaft“. Bei der Gelegenheit komme ich erneut auf die Statistik des Bundes der Steuerzahler zurück. Wir reden davon, dass der Spitzensteuersatz für Menschen, die als Single – ich übersetze es – bei einem Bruttogehalt von etwa 130.000 € liegen, 1 % dieses Gehalts mehr an Steuern zu zahlen haben. Als zusammen Veranlagte mit 250.000 € macht 1 % 2.500 € mehr aus. Rechnen Sie einmal mit dem Tarif nach, den wir vorgeschlagen haben. Dann werden Sie zu genau diesem Ergebnis kommen.

Drittens. Beim Ehegattensplitting haben Sie sich selber korrigiert. Wir haben deutlich gesagt: Das gilt nicht für die Bestandsehen, sondern für künftige Ehen. Noch etwas ist ganz deutlich gemacht worden: Wir haben nie gesagt, dass die mindestens 20 Milliarden €, die sozusagen wegen des Ehegattensplittings an Steuern nicht erhoben werden, für irgendetwas in die Staatskasse fließen. Sondern es geht vielmehr genau darum, sie dem Zweck zuzuführen, zu dem das Bundesverfassungsgericht das Ehegattensplitting in den 50er-Jahren überhaupt erst einmal eingeführt hat. Wir wissen doch ganz genau, dass das Rollenbild, das damals zur Grundlage des Ehegattensplittings gemacht worden ist, heute nicht mehr so wie damals ist. Damals gab es den alleinverdienenden Ehemann, der deswegen über das Ehegattensplitting entlastet wurde, weil in dieser Familientradition auch die Kinder waren.

Gerade wenn es um gesellschafts- und familienpolitische Punkte geht, versteht sich die FDP doch immer als Vorreiter, erklärt jetzt aber als grüne Gerechtigkeit, wenn ein Single gegenüber einem Alleinverdiener mit Kind steuerlich profitiert. Die FDP sagt allerdings nicht, dass der Single mit Kind gegenüber dem Alleinverdiener ohne Kind extrem schlechter gestellt wird.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Weil solche Familienstrukturen mit den heutigen Strukturen überhaupt nicht mehr übereinstimmen, setzt dort der Reparaturbedarf an. Dort setzen auch wir an, weil wir wissen, dass es nicht um Steuererhöhung aus Lust oder Orgie geht. Das mag Ihr Empfinden sein. Es geht auch nicht um Steuererhöhungen aus Neid heraus, sondern es geht um eine wirtschaftliche Weitsicht: Wenn wir das staatliche Defizit nicht ausgewogen durch Ausgabensenkung und Einnahmensteigerung reduzieren, wird sich der Markt das auf andere Weise holen. Wir merken es jetzt schon: Dann werden durch einen Niedrigzins, der noch nicht einmal die Inflationsrate ausgleicht, die Vermögen verkleinert, aber nicht nur die 20 %, die 1 % der Menschen gehören. Vielmehr ist es dann egal, wer Vermögen hat. Aber genau das wollen wir nicht, sondern wir wollen eine überdachte und durchdachte Regelung haben, die sicherstellt, dass diese Gesellschaft auch in Zukunft in der Lage ist, die Basis für eine Infrastruktur, ein Bildungssystem, für Sicherheit und Zusammenhalt so zu bieten, dass wirtschaftlicher Erfolg so weitergehen kann, wie er in dieser Gesellschaft jetzt weitergeht, um den wir im Übrigen auch beneidet werden. Dazu gehören diese Punkte genauso wie das Steuersystem.

An der Stelle muss etwas unternommen werden. Das wissen diejenigen, die davon betroffen selber sind, besser als Sie von der Opposition hier im Saal. – Danke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Dr. Optendrenk.

**Dr. Marcus Optendrenk (CDU):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben heute eine Aufführung, in der vonseiten von Rot-Grün ganz viel Propaganda zur Verteidigung von Steuererhöhungsplänen gemacht wird. Eine der Propagandaaussagen ist die des Kollegen Mostofizadeh. Wenn er heute Zeitung liest, wird er feststellen, dass Emnid ermittelt hat, dass 63 % der Befragten die Steuerpläne der Grünen ablehnen, ihnen also keineswegs 80 % zustimmen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Natürlich profitiert der Staat auch deshalb von Rekordsteuereinnahmen, weil wir die kalte Progression haben. Diese kalte Progression bedeutet, dass jeder bei jeder Gehaltserhöhung prozentual weniger in der Tasche hat. Die kalte Progression ist eine besondere Form der Umverteilung.

Wir sollten zur Kenntnis nehmen, dass die Steuereinnahmen in den letzten Jahren um 4 bis 6 % gestiegen sind, die Inflation unter 2 % lag. Angesichts dessen muss man mit dem Geld auf der Einnah-

menseite auskommen. Die Steuerschätzung sagt: Die Steuereinnahmen steigen gesamtstaatlich von 600 Milliarden € im Jahr 2012 auf 700 Milliarden € im Jahr 2017. Auf der Einnahmeseite ist damit alles gesagt und getan – auch ohne Tarifierhöhungen. Dann muss man nicht noch auf der Ausgabenseite nicht konsolidieren.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Dr. Optendrenk, es gibt eine Zwischenfrage vom Kollegen Mostofizadeh.

**Dr. Marcus Optendrenk (CDU):** Ich würde gerne im Zusammenhang vortragen.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Okay.

**Dr. Marcus Optendrenk (CDU):** Weil das alles so ist, bleibt an dieser Stelle nur das Leitbild von Rot-Grün, das – kurz zusammengefasst – lautet: Sie wollen den Staat zur Heuschrecke machen. Wie schädlich Heuschrecken sind, hat Franz Müntefering uns vorgeführt: Heuschrecken sind schädlich für die Gesellschaft, für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze. Deshalb, Herr Dr. Paul, verstehe ich nicht, dass Sie sich heute als eine Parodie von Karl Marx oder Friedrich Engels aufführen. – Herzlichen Dank!

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Dr. Optendrenk, würden Sie bitte kurz vorne bleiben? Nicht ganz überraschend hat sich Herr Mostofizadeh für eine Kurzintervention angemeldet. Würden Sie sich bitte einmal eindrücken, Herr Kollege, dann kann ich Sie hier freischalten. – Das war jetzt der Fall. Sie haben 90 Sekunden Zeit. Bitte sehr.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Herr Kollege Optendrenk, ich brauche das jetzt nicht mehr als Frage zu formulieren. Die Einkommensverteilung in Deutschland laut Bundesministerium der Finanzen ist folgendermaßen gegliedert: 47,1 % verdienen 1 € bis 20.500 €, 47,4 % 20.500 bis 52.000 €. Die verbleibenden 5,5 % verdienen über 53.000 €. Insofern ist Ihre Propaganda, um Ihr Wort aufzugreifen, dass wir die Mitte der Gesellschaft treffen würden, an dieser Stelle schlicht erstunken und erlogen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ich kann auch noch belegen, dass es 72 % der Befragten unmittelbar nach dem Parteitag der Grünen für richtig gehalten haben, eine Vermögensteuer zu erheben und auch Besserverdienenden mit einem höheren Einkommensteuersatz zu belegen. Darauf habe ich mich bezogen. Ich habe keine Propaganda gemacht, sondern amtliche Zahlen oder Zahlen, die

statistisch eindeutig belegt sind, hier in den Raum gestellt. Was Sie machen, ist eine Verdrehung der Tatsachen. Sie laufen an der Stelle Ihrem Propaganda-Minister Laschet hinterher.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Dr. Optendrenk, auch Sie haben 90 Sekunden Zeit. Ein kleiner Hinweis dazu: Herr Dr. Paul hat sich eigentlich auch noch für eine Kurzintervention angemeldet. Diese Anmeldung kam allerdings erst während der Kurzintervention des Kollegen Mostofizadeh hier vorne an.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Das bezieht sich auf seine Rede!)

– Sie kam leider zu spät. Die kann ich in dem Fall leider nicht mehr zulassen. – Jetzt hat Herr Dr. Optendrenk noch 90 Sekunden Zeit. Bitte.

**Dr. Marcus Optendrenk (CDU):** Herr Kollege Mostofizadeh, herzlichen Dank für Ihre Zahlen. Zur Wahrheit gehört auch, dass 10 % der Einkommensbezieher in Deutschland 50 % der Steuerlast tragen. Wir haben richtigerweise – das haben wir in unserem Antrag beschrieben – ein progressives Steuersystem. Das bedeutet, dass schon heute – das ist ja auch richtig – stärkere Schultern mehr tragen. Die Frage ist nur: Wo ist die Grenze dessen, was sie tragen können, damit wir deren Wohlstand auf Dauer nicht verfüttern, sondern sie motivieren, so zu wirtschaften, dass auf Dauer für das Gemeinwesen mehr Geld hereinkommt?

(Beifall von der CDU)

Deshalb ist es auch richtig, dass sich die Umfragen bei dem Thema „Wie sieht man Ihr Steuerkonzept?“ entsprechend entwickeln. Je mehr sich die Menschen damit beschäftigen, was Sie wirklich wollen, desto klarer wird, dass sie nicht wollen, was Sie da alles machen wollen, was Sie alles an Umverteilung zu Lasten derjenigen vornehmen wollen, die in der Mitte der Gesellschaft ihr Einkommen redlich verdienen.

Das ist die Wahrheit. Deshalb werden die Umfragen auch noch weiter in die angesprochene Richtung gehen. Die Menschen merken, dass Sie sie mitten ins Portemonnaie treffen wollen – und zwar da, wo es nicht um die Frage von Umverteilung geht, sondern um die Frage von Substanz, wo wir Ehe und Familien stärken, wo wir Kinder erziehen lassen wollen.

(Beifall von der CDU)

Das ist der Kern des Geschehens. Da werden wir auch in den nächsten Monaten noch eine interessante Diskussion haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die SPD-Fraktion habe ich den Kollegen Hübner hier auf der Liste stehen. Bitte sehr.

**Michael Hübner (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir führen hier eine interessante Debatte, die aus meiner Sicht, Herr Kollege Lindner, eines ausgeblendet hat. Es wurde ausgeblendet, dass wir – das haben wir im kommunalpolitischen Bereich auch mit dem Kollegen Abrusatz schon länger hin und her gewälzt – eine strukturelle Unterfinanzierung nicht nur der Kommunen, sondern auch des Landes haben. Ihr Wortbeitrag hat mich eher an ein Zitat erinnert, das ich dem „Tagespiegel“ entnehmen kann. Mit Erlaubnis des Präsidenten darf ich zitieren:

„Die FDP setzt im Wahlkampf auf die Furcht vor den Grünen. Nach eigenen Ideen sucht man im Wahlprogramm der Liberalen vergeblich.“

Genau das ist es. Genau diese Ideen haben Sie heute – auch in der Debatte – nicht geliefert, sondern Sie haben sich allein an dem Programm der Grünen abgearbeitet. Sie negieren eines, dass wir eine strukturelle Unterfinanzierung im gesamten öffentlichen Bereich der Bundesrepublik haben und dass wir dort ordentlich etwas tun müssen. Das kann letztlich keiner negieren.

(Beifall von der SPD)

Auch der Vorwurf – Kollege Laschet ist nicht mehr da, Kollege Laumann auch nicht –, wir würden im Bereich der Ausgaben zu wenig tun, kann nicht richtig sein.

Gestern noch haben wir verständlicherweise eine Demonstration von vielen Beamtinnen und Beamten erlebt, bei der es um den Bereich der Ausgaben ging. Ich muss schon sagen: Das komplett zu negieren und gleichzeitig auf der anderen Seite zu sagen, dass Sie nicht bereit sind, die öffentliche Finanzierungsbasis vonseiten des Bundes besser aufzustellen, finde ich schon recht abenteuerlich. Das ist auch nicht der Debatte wert, die heute Morgen angestoßen werden sollte.

Ich habe einmal nachgeschaut, welche Steuerkonzepte oder Vorschläge Sie denn insgesamt vorgelegt haben. Natürlich muss ich auch noch einmal darauf hinweisen, dass zwischen 2005 und 2010 in schwarz-gelber Verantwortung ein abenteuerlicher kommunaler Raubzug durch die Gemeinden durchgeführt wurde. Dabei sind den Kommunen 3,5 Milliarden € entzogen worden. Wir waren bis jetzt nur in der Lage, davon 2,5 Milliarden € wieder zurückzugeben. Gleichzeitig gibt es, Kollege Lindner, bei den Gemeinden eine in der Kurve etwas abflachende Entwicklung in Bezug auf die Steuerentwicklung. Das macht aber auch eines deutlich, dass wir da weitere Finanzierungsbedarfe haben. Das werden wir nicht dadurch hinbekommen, dass

wir auf der Ausgabenseite weitere Einschnitte vornehmen, sondern wir müssen uns die Einnahmenseite ganz deutlich anschauen.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Hübner, es gibt eine Zwischenfrage vom Kollegen Optendrenk. Sollen wir diese zulassen?

**Michael Hübner (SPD):** Ja.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Dann machen wir das so.

**Dr. Marcus Optendrenk (CDU):** Ich bedanke mich herzlich. Die Frage möchte ich gerne zu Ihrer Aussage zum Thema „Ausgaben“ stellen.

Wie können Sie uns erklären, dass das Land in den letzten drei Jahren sein Haushaltsvolumen von 54 Milliarden € auf 60 Milliarden € erhöht hat? Dadurch sind bestimmte Ausgaben im Bereich der Beamtschaft nicht mehr möglich, obwohl das 10 % des Haushaltsvolumens in drei Jahren sind. Wo ist denn da die Konsolidierung auf der Ausgabenseite?

(Beifall von der CDU)

**Michael Hübner (SPD):** Herr Kollege Optendrenk, ich bin Ihnen einerseits ganz dankbar für Ihren Beitrag am Ende, weil er zumindest deutlich gemacht hat, dass Sie sich ein bisschen tiefer mit dem Thema auseinandergesetzt haben und nicht nur bloße Luftlöcher in die Diskussion einbringen wollten. Sie wissen aber auch, dass wir bei der Kommunalfinanzierung erheblich nachgelegt haben. Das ist zum Beispiel ein ganz, ganz großer Teil der Mehrausgaben die wir vornehmen wollten.

Ich will Sie gerne noch einmal daran erinnern, dass es eine unserer Forderungen war, dass wir den Kommunen mehr Geld zur Verfügung stellen. Das haben wir eingehalten. Sie wissen, dass das mittlerweile annähernd 10 Milliarden € sind. Das sah bei der Regierungsübernahme noch völlig anders aus. Im Gegenteil, Sie haben die Kommunen befrachtet, um zu Konsolidierungseffekten für den Landshaushalt zu kommen. Das müssen Sie auch akzeptieren, auch das gehört zur Wahrheit. Wir müssen da mehr tun und nicht weniger. Das will ich Ihnen deutlich gesagt haben.

(Beifall von der SPD)

Weitere Aspekte des Steuerkonzeptes sehen meistens so aus, dass wir uns auch darüber unterhalten müssen, ob es eine sogenannte Kulturförderabgabe in diesem Land geben darf oder nicht. Woran liegt das denn noch mal? Ich kann mich gut daran erinnern, dass eine Partei, die damals bundespolitische Verantwortung hatte, einmal gesagt hat: Wir müs-



sen den Hoteliers erst mal eine ordentliche Entlastung geben. – Stichwort „Mövenpick“, das wissen Sie.

(Ralf Witzel [FDP]: Die hat Peer Steinbrück doch in der EU verhandelt!)

Wir machen jetzt quasi Hilfe zur Selbsthilfe in den Kommunen, haben diese Steuer auf den Weg gebracht.

(Beifall von Martin Börschel [SPD])

Sie ist von einem Verwaltungsgericht auch genehmigt worden.

Wenn Sie auf die Stadt Köln gucken würden, könnten Sie feststellen, dass das, was in der Anhörung an Befürchtungen geäußert worden ist, nicht eingetreten ist. Es fahren mehr Menschen nach Köln, die diese Steuer auch bezahlen, sodass die Einnahmen steigen.

Das ist mit Blick auf die schwarz-gelbe Bundesregierung genau der richtige Weg, den wir da beschritten haben: den Kommunen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben und nicht die Steuerorgien weiter zu betreiben, die Schwarz-Gelb auf den Weg gebracht hat. Sie hat sämtliche Steuern nach unten gefahren und gleichzeitig riesige Bankenschirme mit uns aufspannen müssen. Das kann nicht das Ziel sein. Von daher bin ich von dieser Debatte sehr enttäuscht.

Auch folgender Punkt ist mir als Kommunalpolitiker sehr wichtig: die Abschaffung der Gewerbesteuer. Auch die ist Schwarz-Gelb im Bund anzulasten. Wir sind sehr dankbar, dass sich die Mehrheitsverhältnisse in Deutschland in den letzten Jahren zumindest auf Länderebene deutlich verbessert haben und dass niemand mehr über die Abschaffung der Gewerbesteuer in irgendeiner Art und Weise diskutiert.

(Beifall von der SPD)

Das ist eine ganz wichtige Einnahmeposition der Kommunen. Dazu lassen wir uns von Ihnen auch keine Änderungsvorschläge unterbreiten. Uns geht es darum, die kommunalen und die Landeshaushalte besserzustellen. Natürlich werden wir das mit einem abgewogenen Steuerkonzept umsetzen; das hat Finanzminister Norbert Walter-Borjans gerade deutlich gemacht. Wir werden das sehr abgewogen machen und das auch ordentlich auf den Weg bringen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Hübner. – Auf meiner Redeliste steht jetzt noch der Kollege Stein von der Piratenfraktion. 13 Sekunden stehen auf dem Ticker. Das geht bestimmt mit hoher Schlagzahl.

**Robert Stein** (PIRATEN): Danke, Herr Präsident. – Wir müssten diese Debatte hier gar nicht führen, wenn diese vier Parteien hier in der Vergangenheit

nicht so verantwortungslos mit Steuergeldern umgegangen wären, siehe BER, siehe Stuttgart 21, siehe Datteln 4, siehe Betreuungsgeld und siehe auch Euro Hawk. Deswegen werden wir Piraten im Bund gebraucht! So ist die Lage! – Danke sehr.

(Beifall von den PIRATEN – Lachen von der CDU)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Stein. – Das waren am Ende fünf Sekunden mehr, aber das passt.

Damit sind wir am Ende der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt, **stimmen jetzt** allerdings **nicht ab**, weil wir uns in unserer abstimmungsfreien Zeit befinden. Die Abstimmung holen wir nach 14 Uhr nach.

Insofern treten wir jetzt ein in Tagesordnungspunkt

### 3 Bund muss rasanten Anstieg von Mieten eindämmen

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2889

Ich eröffne die Beratung. Für die antragstellende Fraktion der SPD hat der Kollege Breuer das Wort.

**Reiner Breuer** (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den oftmals etwas trockenen Steuerdiskussionen können wir uns nun wieder dem prallen Leben widmen, vor allen Dingen folgenden Fragen: Wie schaffen und sichern wir preiswerten, bezahlbaren Wohnraum? Wie können wir unsere Landesregierung dabei unterstützen, den Mieterschutz in Nordrhein-Westfalen und bundesweit zu stärken? Konkret geht es um die Frage: Können wir nicht gemeinsam auf die Mietpreisbremse drücken?

Genau das wollen wir tun, meine Damen und Herren. Das ist auch dringend erforderlich, nachdem die Bundesregierung eine völlig unzureichende Mietrechtsänderung auf den Weg gebracht hat, eine Mietrechtsänderung, die keinen ausreichenden Schutz der Mieterinnen und Mieter vor überzogenen Mieterhöhungen gewährt und die Kosten der Energiewende einseitig den Mieterinnen und Mietern auferlegt.

Meine Damen und Herren, unter dem Deckmantel der Energiewende wurden die Rechte der Mieterinnen und Mieter erneut eingeschränkt. So darf seit Anfang dieses Monats bei der energetischen Sanierung einer Wohnung die Miete nicht mehr gemindert werden, jedenfalls nicht in den ersten drei Monaten ab Beginn der Bauarbeiten. Das ist aus unserer Sicht völlig inakzeptabel. Denn wieso soll ein Mieter